

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 2/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



Am 20.01.2018 fand unsere alljährliche Gedenkveranstaltung in Falkenstein statt. Wie unsere Kreisvorsitzende Janina Pfau in ihrer Eröffnungsrede feststellte, war es wie in den vorangegangenen Jahren nicht gerade das beste Wetter. Zwar blieb es weitgehend niederschlagsfrei, kalt war es aber dennoch.

Trotz dessen fanden sich ca. 50 Genossinnen und Genossen, sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein, um der 1919 ermordeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu gedenken.

Die Hauptrede hielt in diesem Jahr un-

sere Zwickauer Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann. Sie sprach darüber, dass das Wahlergebnis vom September ein deutliches Zeichen war, dass endlich eine Umverteilung von oben nach unten in Gang gesetzt werden muss und nicht wie in den letzten Jahren und Jahrzehnten von unten nach oben. „Denn es besteht natürlich ein Zusammenhang. Die Reichen werden nur deshalb reicher, weil die Armen immer ärmer werden“ sagte sie. Und die soziale Ungerechtigkeit ist letztlich ein Nährboden für die Wahlergebnisse der AfD. Einen anderen wichtigen Punkt sprach sie aber auch an, und dieser macht Gedenktage wie diesen so wichtig. Denn nicht nur zum

Gedenken an die beiden ermordeten Menschen findet diese Veranstaltung jedes Jahr statt, sondern auch im Gedenken an deren geistiges Erbe. Rosa und Karl hatten den ersten Weltkrieg miterlebt und wollten alles dafür tun, dass so etwas nicht wieder geschieht. Auch wir sollten das tun. Dass dies immer wieder aktuell ist, zeigen die regelmäßigen Panzertransporte durch Deutschland und auch durch das Vogtland. Lasst uns also alle gemeinsam daran arbeiten, das geistige Erbe der beiden auch unterjährig immer wieder hochzuhalten.

Maik Schwarz



GUTSHERRENART GEGENÜBER DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

DIE LINKE Vogtland hat im letzten Jahr mit einer Petition für mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung der neuen Müllsatzung Unterstützerunterschriften von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt. Am letzten Donnerstag, den 18. Januar 2018 entschied nun der Kreisausschuss dieses Anliegen abzulehnen.

Janina Pfau, Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der LINKEN, ist entsetzt vom Vorgehen der Landkreisverwaltung: „Nach der Bundestagswahl haben sich viele gefragt, warum die Wählerinnen und Wähler kein Vertrauen mehr in die Politik haben. Ein perfektes Negativ-Beispiel hat jetzt einmal mehr die Kreisverwaltung und der Landrat gezeigt. Die Begründung zur Ablehnung der Petition zur neuen Müllsatzung ähnelt schon einer Gutsherrenart. Es ist erschreckend, dass Frau Wiemann (SG Recht im Landratsamt) feststellt, dass angeblich die Bürgerinnen und Bürger umfangreich informiert und einbezogen wurden. Hier empfehle ich eindeutig, dass Büro einmal zu verlassen und sich mit ein paar Bürgerinnen und Bürgern persönlich zu unterhalten, dann kann schnell festgestellt werden, dass dem nicht so ist.“

Für Pfau ein weiteres Zeichen, dass „im Kreis jegliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sichtlich unerwünscht ist. Das perfekte Beispiel ist die Bürgerfragestunde im Kreistag: Nicht einmal in jeder Kreistagssitzung wird den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben, Anfragen zu stellen. In den meisten Gemeinderatssitzungen ist dieses ganz normal, dass zu jeder Sitzung eine Anfragemöglichkeit besteht.“

Dabei bemängelt die Kreisrätin Janina Pfau auch die Form: „In jeder Fragestunde im Kreistag wird den Fragenden eine Haltung vermittelt, dass die Anfragen eher nerven als sinnvoll sind. Zusätzlich werden Fragen immer nur schriftlich beantwortet und Erklärungen zur Anfrage unterbunden. Sicherlich sind gewählte Kreisräte die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, aber für dieses hohe Vertrauen sollte auch nicht immer alles im geheimen beraten werden, mehr Transparenz fördert nachweislich die Akzeptanz.“

Die Transparenz der Landkreisverwaltung bemängelt auch André Hegel als stellvertretender Kreisvorsitzender der vogtländischen LINKEN: „Wir haben für rund 1.800 Bürgerinnen und Bürger stellvertretend die Petition eingereicht. Bis heute wurde uns über den Bearbeitungsstand als Kreisverband keine Information gegeben. Durch die Presse mussten wir erfahren, dass unsere Petition im Kreisausschuss behandelt wird. Die Beschlussvorlage war jedoch im sogenannten „Rats- und Bürgerinformationssystem“ nicht zu finden und dies obwohl es sich um eine öffentliche Sitzung handelt. Wir sind jedoch der Verwaltung „dankbar“, dass sie uns in ihrer Ablehnung den Hinweis auf ein Bürgerbegehren gegeben hat“. Hegel verspricht aber schon jetzt „Das Thema ist für uns LINKE noch lange nicht vom Tisch. Spätestens wenn die ersten Vogtländerinnen und Vogtländer ihren ersten neuen Gebührenbescheid im Briefkasten haben, werden wir sehen, wie gut der Landkreis wirklich informiert hat.“~

LINKE ZUR OB-WAHL-DEBATTE IN PLAUEM

Obwohl noch ein paar Jahre bis zur nächsten Oberbürgermeisterwahl in Plauen Zeit ist, sind schon jetzt die Spekulationen auf vollen Touren, nachdem der amtierende Oberbürgermeister seinen Verzicht auf einen nochmaligen Wahlantritt verkündet hatte.

Dass Herr Zenner für die CDU sicherlich als künftiger Bürgermeister ins Rennen gehen wird, verwundert niemanden, darauf wird schon einige Jahre unverkennbar hingearbeitet.

Dennoch verwundert die Aussage, dass nur die SPD mit Frau Pfeil-Zabel eine Chance bei der Wahl hätte. „Ein Landtagsmandat qualifiziert nicht automatisch dafür, Bürgermeister zu werden. Denn reinweg Kontakte nach Dresden machen keinen guten Kommunalpolitiker. Bis zur Oberbürgermeisterwahl kann sich die Regierung in Sachsen auch ändern, da die Landtagswahlen schon 2019 anstehen. Politiker wie damals Frau Möbius aus Oelsnitz oder der Altlandrat Lenk fanden in Dresden auch über die Parteigrenzen hinaus immer ein offenes Ohr, momentan sehe ich im Vogtlandkreis keinen Kommunalpolitiker, der nur annähernd über diese Kontakte verfügt“, so Janina Pfau, Kreisvorsitzende DIE LINKE Vogtland.

„Ein Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters sollte viel kommunalpolitische Erfahrung und eine feste Verwurzelung mit Plauen haben“, so Petra Rank Vorsitzende des Ortsverbandes Plauen der Partei DIE LINKE. „Wir haben viele erfahrene Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den eigenen Reihen, und im direkten Vergleich bei den Erststimmen zur Landtagswahl 2014 sieht man, dass DIE LINKE bei Personewahlen die Nase weit vor der SPD hat. „Vor der Oberbürgermeisterwahl stehen die Kommunalwahlen 2019 und die Geschicke der Stadt leitet, nicht allein der Oberbürgermeister, sondern auch die vielen ehrenamtlichen Stadträte“, so Rank weiter.~

HAUSHALT 2018 NACH UMFANGREICHEN DEBATTEN BESCHLOSSEN

Zur letzten Stadtratssitzung 2017 wurde der Haushalt der Stadt Plauen für 2018 beschlossen. Die StadträtInnen hatten nur wenig Zeit, sich in das umfangreiche Werk einzuarbeiten und Änderungsanträge zu stellen. Die Anträge aus unserer Fraktion wurden größtenteils eingearbeitet bzw. als Arbeitsauftrag an die Verwaltung weitergeleitet. Genannt seien hier Baumaßnahmen für einen sicheren Schulweg an der Kuntzehöhe, Beleuchtung an den Weberhäusern - um den Einbrüchen vorzubeugen, Instandhaltungsmaßnahmen an dem Parkplatz Bahnhof Jößnitz, Einstellung von Mitteln für die Errichtung einer Stele bzw. Gedenktafel zum 80. Jahrestag der Pogromnacht und Herausnahme der Baumaßnahme für eine Ampelanlage auf der B 92 Höhe Gewerbegebiet Oberlosa. Der Antrag zur Einordnung von Entwässerungsmaßnahmen für den Ortsteil Possig erledigte sich durch die Zusage von Fördermitteln von der Landesregierung, was uns sehr freute - ist dieses Thema doch schon sehr lange diskutiert worden.

In der Rede zum Haushalt äußerte unsere Fraktionsvorsitzende Claudia Hänssel im Namen der Fraktion Kritik an der Fördermittelpolitik des Landes und des Bundes. Die vielen bürokratischen Hürden zeugen von enormem Misstrauen gegenüber den Kommunen. Dies hat wenig mit kommunaler Selbstverwaltung zu tun. Gestiegene Steuereinnahmen kommen bei den Kommunen nicht an. Im Gegenteil, viele Haushalte der Kommunen werden von den Konsolidierungsmaßnahmen bestimmt. Ebenso kritisch werden der jahrelange Personalabbau bei Polizei und Justiz gesehen, was jetzt auf die Bürger zurückfällt. Aber auch der Landkreis hat durch seine Finanzpolitik dazu beigetragen, dass die Stadt bei Aufgaben, wo der Landkreis mit finanzieren müsste, einspringen muss. Genannt sei hier das Theater. Aber auch die kommenden Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich werden wieder auf die Stadt zurückfallen. Kritisch bemerkt Claudia die Sinnfälligkeit einiger geplanten Maßnahmen, wie den Bau der Ampelanlage in Oberlosa, den Umzug der Schaustickerei oder den

Bau der Dreifelderhalle auf dem Gebiet einer Kleingartenanlage. "Wir machen erst Stress, um später zu verschieben oder vollkommen anders zu entscheiden. Nennt man das Bürgernähe?"

Ebenso kritisch müssen wir die vielen Bauvorhaben der Stadt sehen. Trotz der Fördermittel, muss die Stadt einen Eigenanteil leisten und später die Instandhaltungskosten bzw. Betriebskosten tragen. Auch diese Kosten müssen hinterfragt werden, denn sie belasten den Haushalt der Stadt auf Jahre.

Angemerkt sei noch, dass wir den Antrag der CDU-Fraktion anfangs der Debatte unterstützten, nur über haushaltsrelevante Anträge zu diskutieren. Denn vor der Sitzung lag eine Antragsflut auf den Tischen (besonders von der SPD/Grünen-Fraktion, die mehr oder weniger Arbeitsaufträge beinhalteten). Viele dieser Anträge werden in nächster Zeit in den Ausschüssen beraten werden.

Petra Rank

POSTSCHLIEßUNG WÄRE EINSCHRÄNKUNG DER LEBENSQUALITÄT

Die Postbank hat angekündigt ihre Filiale in der Bachstraße in Oelsnitz zu schließen. Diese Schließung der Postfiliale hat alle sehr überrascht. "Zu einer großen Kreisstadt gehört aus meiner Sicht nun auch einmal die Möglichkeit, seine Post abgeben zu können und dabei umfassend beraten zu werden. Eine komplette oder auch nur teilweise Schließung der Postfiliale wäre ein weiteres Aushöhlen des Innenstadtangebotes. Einzelne Paketshops und Verkaufspunkte können das nun wegfallende Angebot nicht kompensieren", so Lars Legath Ortsvorsitzender der LINKEN in Oelsnitz.

Janina Pfau, Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE dazu: „Auch wenn

die Trennung von Post AG und Postbank schon länger zurück liegt und dieses ein großer Fehler war, konnten die Bürgerinnen und Bürger sich bis jetzt immer darauf verlassen, dass sowohl Finanzdienstleistungen, als auch Postdienstleistungen in einer Anlaufstelle zu finden waren. Auch wenn heute viel per E-Mail erledigt werden kann, ist beispielsweise das Beförderungsaufkommen bei der Post in den letzten Jahren immer mehr gestiegen. Zusätzlich ist die kompetente Beratung in der Filiale besonders für ältere Menschen sehr wichtig. Ein Einzelhändler kann neben seinem "normalen" Geschäft gar nicht das komplette Fachwissen aufbringen. Auch ist noch nicht geklärt, was mit den

Postfachern in der Filiale passiert. Es würde der Deutschen Post AG sowie der Postbank gut zu Gesicht stehen, den ländlichen Raum zu unterstützen und nicht dem eigenen Profitstreben der Deutschen Bank unterzuordnen."

"Die nächste vollwertige Postfiliale befindet sich immerhin erst in Weischlitz oder in Plauen. Eine Postfiliale in der Stadt ist auch ein Standortfaktor. Nun ist die Oelsnitzer Stadtverwaltung gefragt, um Gespräche mit der Deutschen Post AG aufzunehmen, um eine Lösung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu finden. Ein ganzheitliches Postangebot ist Teil einer lebendigen und lebenswerten Stadt“, so Legath weiter.~



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de





© Peter Jattke

öffentlicher Kummerkasten in Weißensand

ES IST ZEIT ZUM REDEN!

Was muss DIE LINKE anders und besser machen?

Unter diesen Überschriften fand Anfang Dezember eine öffentliche Mitgliederversammlung im Ortsverband Treuen-Lengenfeld über die Ergebnisse der Bundestagswahl vom September 17 bzw. über das Trauerspiel einer Regierungsbildung statt. In der sehr gut besuchten Veranstaltung im Stadtzentrum zur abendlichen 18.00 Uhr-Zeit nahm auch die Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende, Genossin Janina Pfau teil. Im lebhaften Meinungsaustausch wurden viele inhaltlichen Ursachen für das unbefriedigende Wahlergebnis genannt und Forderungen abgeleitet, was DIE LINKE künftig besser machen muss.

Als Kritikpunkte wurden u.a. genannt: DIE LINKE muss sich aktiver – auch zwischen den Wahlen – für Belange einsetzen, die die Bürger bewegen. So waren die Aktivitäten gegen die Sparkassenschließungen und gegen die Abfallwirtschaftssatzung im Kreisgebiet zu gering. So müsste der Sparkassenbus auch in Schreiersgrün Station machen, der öffentliche Personen-Nahverkehr besonders für die Dörfer wesentlich verbessert werden (besonders am Wochenende), Einwohnerversammlungen in allen Orten durchgeführt werden und mehr die Sorgen und Meinungen der Menschen beachtet werden. Mehrfach wurde auch das Auftreten so genannter Linksextremisten verurteilt. Diese Chaoten haben mit LINKS nichts zu tun und haben uns nur geschadet. Das hatte der

Ortsverband bereits 2015 in einem Beschluss betont. Unser Ortschaftsratsmitglied, Genossin Reinhard aus Weißensand berichtete, wie dort der unter ihrer Mitwirkung geschaffene öffentliche Kummerkasten zu Veränderungen und Lösungen der dörflichen Probleme beitrug. In dieser Hinsicht möchte sich unsere Genossin Sandra Steiner mit einem „Sorgenfresser“ in Fußgängerbereiche stellen. Lustig war der Einwurf eines anwesenden Kindes unserer Genossin Sandra Feist: „So einen hab ich!“ Diskutiert wurden auch Möglichkeiten, Probleme und Fragen bestimmter Berufsgruppen, z.B. von Erzieherinnen/Erziehern oder der Polizei in öffentlichen Versammlungen zu diskutieren. Danach sprach sich die Versammlung für Veranstaltungen unter der „Schirmherrschaft“ von Gewerkschaften z.B. zum Thema Pflege aus. In Beiträgen wurden aber auch die Auswirkungen politischer Entscheidungen von linken Politikern genannt, die in Thüringen, Berlin oder in Brandenburg in der Regierungsverantwortung sind. (Gebietsreformen, Zustimmung für Privatisierung von Aufgaben im Autobahnbau). Ebenso wurde kritisiert, dass örtliche Abgeordnete der Fraktionen der Linken Beschlüssen zustimmen, die unseren Auffassungen widersprechen (Namen der Sporthalle in Falkenstein-, Erhöhung der Elternbeiträge für Kindereinrichtungen in mehreren Kommunen).

Insgesamt wurde betont, dass das An-

sehen unserer Partei sehr wesentlich vom Wirken und Auftreten unserer Fraktionen in den Kommunen und im Kreistag beeinflusst wird. Deshalb müssen diese Vertreter, ob Mitglied oder ohne Parteizugehörigkeit, ihre Aufgaben wesentlich besser wahrnehmen und öffentlich berichten. So hat der Ortsvorstand der Fraktion die Aufgabe gestellt, die Fraktionssitzungen zusammen mit Bürgersprechstunden öffentlich durchzuführen und in der Presse anzukündigen. Von den gewählten Abgeordneten wird erwartet, dass jeder auch alle Vorlagen gründlich durcharbeitet und vor Beschlussfassungen vor Ort auch hinterfragt. Forderungen nach mehr öffentlichen Sitzungen auch der Ausschüsse müssen ständig wiederholt werden. Unsere Abgeordneten müssen aber auch eigene Initiativen entwickeln bzw. solche aus anderen Orten übernehmen. So gibt es Gemeindevertretungen in Deutschland, die fast einstimmig Beschlüsse gegen die Anwendung von Glyphosat oder gegen die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland gefasst haben.

Zusammengefasst wurde deutlich: Wenn wir künftig bessere Wahlergebnisse erreichen wollen, müssen alle Mitglieder und Sympathisanten aktiver für eine gerechtere und bessere Politik eintreten.

Peter Jattke

DIE LINKE - PARTEI DER ARBEITERKLASSE ODER DER URBANEN JUNGEN AKADEMISCHEN MITTELSCHICHT?

Oder für wen ist sie da?



"DIE LINKE Sachsen ist eine Partei im Wandel ... Es ist gemeinsame Aufgabe und dauernder Aushandlungsprozess zwischen langjährigen und neuen Mitgliedern, die parteiliche Realität neu zu ordnen" fordert der Leitantrag, der auf der 2.Tagung unseres 14. Landesparteitages beschlossen wurde.

Forciert wurde die Diskussion um die Frage, wen unsere Partei ansprechen soll und für wessen Interessen sie sich einzusetzen hat, vor allem durch die Mitgliederentwicklung unserer Partei und durch die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl: Bei der Wahl verlor DIE LINKE Stimmen bei Arbeiter*innen und Erwerbslosen, gewann aber Stimmen bei jungen häufig akademisch Gebildeten insbesondere in städtischen Zentren. Und vor allem aus diesem Kreis konnte unsere Partei in letzter Zeit neue Mitglieder gewinnen: 14.000 in den letzten zwei Jahren, zwei Drittel der Neumitglieder waren unter 35 Jahre alt.

Das führt uns zur Frage, wer denn heute das revolutionäre Subjekt unserer Gesellschaft ist: Existiert eine Arbeiterklasse in traditionellem Verständnis überhaupt noch? Soll die Frage nach gesellschaftlicher Verantwortung und der Kampf um soziale Gerechtigkeit noch zentrale Aufgabe der Linkspartei sein? Oder sollten vor allem Probleme moderner Lebensformen, Weltoffenheit, Minderheitenschutz, Genderpolitik, Gleichberechtigung der Rassen, Identität und individuelle Freiheit im Zentrum der Parteipolitik stehen?

Die Suche nach Antworten in dieser Debatte ist sicher mit dem Begriff "Aushandlungsprozess" nicht günstig beschrieben, immerhin darf es nicht um ein "Wünsch-dir-was-Programm" gehen. Nach meiner Überzeugung ist vielmehr zu untersuchen: Wie hat sich die gesellschaftliche Realität gewandelt und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für einen Kampf um weltweite soziale Gerechtigkeit und Sicherheit? Dabei sind Fragen nach der aktuellen Struktur unserer Gesellschaft, dem Charakter heutiger Ausbeutung und Herrschaft, der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Widerstandsformen, der derzeitigen Möglichkeiten und Praktiken moderner Medien insbesondere für Bildung, aber auch für Manipulation, die Entstehung und Bedeutung des Alltagsbewusstseins u.ä. zu diskutieren.

Bernd Riexinger erläutert in seinem Artikel "Verbinden statt gegeneinander ausspielen" (ND vom 9.1.2018), dass die Arbeiter*innenklasse heute anders zusammengesetzt ist als früher: Sie ist weiblicher, migrantischer und zugleich tief gespalten. Sie umfasst so viele Lohnabhängige wie noch nie, trotz Digitalisierung und Automatisierung. Ihre Angehörigen sind deutlich häufiger im Dienstleistungsbereich als in der Industrie tätig. Viele verfügen über eine akademische Ausbildung, ihr gehobenes Bildungsniveau sagt dabei zwar etwas über veränderte Berufsanforderungen aus, aber nicht unbedingt etwas über die Klassenlage. Etwa ein Drittel der Beschäftigten ist prekär beschäftigt in Leiharbeit,

Werkverträgen, als Scheinselbständige, in Befristungen. Prekäre Beschäftigung ist im gegenwärtigen Kapitalismus systembedingt, nicht mehr zyklusabhängig, wenngleich Profite in den letzten Jahren deutlich schneller und höher gestiegen sind als Löhne.

Statt aber gemeinsame Interessen zu erkennen und gemeinsam Forderungen zu stellen, grenzen sich verschiedene Beschäftigungsgruppen eher voneinander ab: Beschäftigte von Erwerbslosen, Kernmannschaften von Befristeten, Deutsche von Migrant*innen. Dabei stehen besonders migrantische Haus- und Pflegearbeiterinnen auf der Stufenleiter der globalen Zusammensetzung der heutigen Arbeiter*innenklasse ganz unten, sind also von sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit am weitesten entfernt.

Der Linkspartei ist meines Erachtens heute vor allem die Aufgabe gestellt, Spannungen und Unterschiede zwischen den Schichten und Milieus insbesondere der Lohnabhängigen für das Verständnis der sozialen Frage und für einen Kampf um globale soziale Gerechtigkeit produktiv zu machen. Dazu muss sie politische transnationale Alternativen entwickeln, die dem gegenwärtigen globalisierten Kapitalismus erfolgreich entgegengesetzt werden können.

Dr. Dorothea Wolff

"WER SICH ZUM WURM MACHT,...."

....soll nicht klagen, wenn er getreten wird, so der große deutsche Philosoph Immanuel Kant. Besser könnte man die heutige Situation und der SPD und ihre Rolle am "Katzentisch" der Regierung nicht beschreiben. Nun also sollte er es "richten", ihr "Sankt Martin" als "Heilsbringer", teilte seinen (blaß) roten Mantel mit der Merkel, Seehofer und Dobrindt. Kaum ein Stück vom Saume, das ihm blieb. Steht nun nackt da wie der Kaiser einst in Grimms Märchen.

Ausgerechnet Thomas Strobl (CDU-Vorstand) bemühte gar Hermann Hesse: "Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne". Dabei hatte die Entzauberung doch bereits zuvor begonnen- mit der Aufgabe der Klimaziele für 2020 zugunsten der Wirtschaft. Katja Kipping (Linke): "Der erste Verlierer ist der Klimaschutz"! Nun also soll er den "Wasserträger" geben für unsere stahlende "Raute mit Knopfleisten" unserer wohl ewigen Kanzlerin. Den (Gülle-) Eimernein: Staffelstab übernehmen vom "Parteiheiligen" dem "Münze" - Franz, ihren einstigen Minister für die soziale Drecksarbeit.

Sie erinnern sich, verantwortlich für die Rente mit 67 und Verschärfung der schändlichen Hartz IV - Gesetze und härteren Sanktionen; wer nicht arbeite, der brauche auch nicht zu essen (angesichts von über 5 Mio. Arbeitslosen solcherart gar das Bibelzitat "angepasst").

Danach kam unser "Harzer Roller", der SPD Erzengel Gabriel mit gleichermaßen großmäuligen Versprechungen, die dann "vom Winde verweht". Nun also er "Ich bin der Martin...." Wie noch hatte er nach der Wahlschlappe getönt: Mit mir keine Groko-da lieber eine starke Opposition! Hallo Herr Schulz (oder sagt man noch Genosse?) "Opposition ist Mist"? Nun doch lieber der Katzentisch im Kabinett der Wahlverlierer? Uns dieses miserable Ergebnisdie Aufgabe der entscheidenden Forderungen wie Bürgerversicherung, höherer Spitzensteuersatz, soziale Gerechtigkeit-aber noch als großen Verhandlungserfolg vertricken" zu wollen... Nein, "eingeknickt wie immer! Ausge-

rutscht auf der eigenen Schleimspur, der blasse Wurm (-fortsatz). Wohin nur ist sie "Verkommen", diese einst stolze Volkspartei von August Bebel und Wilhelm Liebknecht! Dichtete doch einst Kurt Tucholsky über die SPD in der Weimaer Republik: "Es wächst in der Erde leis das bescheidene Radieschen: außen rot und innen weiß" Inzwischen schon ziemlich "angeschwärzt"...

In eben diese Zeit- wenn wir schon bei Zitaten sind - fällt diese Vorahnung von Erich Kästner (in einem sehr bitterem Zusammenhang) "Die Zeit wird kommen, wo man sich erzählt: mit diesen Leuten war kein Staat zu machen". Am Ende zusammengestaucht zu so einer Art besseren 5% - Partei? Es wird dies allerdings und gleicherweise auch an der Basis entschieden, dies zu verhindern. Dazu aber müßte sie das tun, was ihr Segensbringer, der Martin ihnen versprochen hatte da zur vergeigten Wahl: ... harte Kante zeigen" Das beste wär ´s!

Trotz Alledem -viel Erfolg- Einsicht und Erkenntnis!

Jürgen Böhm

PC- GEKLAPPER IM BUNDESTAG WIRD VERBOTEN

Der Bundestag ist der Ort, wo das Herz der Demokratie schlägt, darüber waren sich bisher alle Bundestagspräsidenten einig. Und wenn die Demokratie bisher einen kleinen Schubs brauchte, weil Redezeiten schamlos überschritten wurden oder Reden im ohrenbetäubenden Protest der Fraktionen unterzugehen drohten, wenn unflätige Zwischenrufe von Abgeordneten das Reinigungspersonal zu Tode erschreckten, dann betätigte sich das Präsidium als Herzschrillmacher der Demokratie und rief streng zur Ordnung. Mit einem Ordnungsruf zum Beispiel. Der neue Bundestagspräsident allerdings geht einen Schritt weiter. In einem Hinweis zur Geschäftsordnung legte Wolfgang Schäuble fest, dass es unzulässig sei, im Plenarsaal zu fotografieren, zu twittern oder Nachrichten über den Plenarverlauf zu verbreiten. Unzulässig sei auch die »Nutzung von Geräten, die Geräusche erzeugen, aufgeklappt und hochgestellt werden, insbesondere Computer-Laptops«. Herumbrüllen sowie das laute „Plupp“ beim Öffnen von Bierflaschen bleibt vorerst erlaubt.

Dieter Riedler

NEIES VON DAR META

Glei ne Dienstooch frieh hat de Neideiteln iehr Falknstaaner Freindin, de Meta aagerufen. Noochdem die zwee siech drierber ausgewaafft hattn, woas se am Sonntooch Guts gessn hamm, schimpft se glei los: „Mier hamm uns doch erscht vorische Woch ieber die Knallkepf von dor EU unterhalten. Aber itze gibbts scha widder neien Bleedsinn, denn die ausgeheckt hamm.“

Gestern Ohmd is mei Alter miet sein Fahrrad un nen halbn Sack Erdäpfl auf sein Fahrradaahänger haam gefahrn. Do hält ihn unner Schandarm aa, hohlt sei Schmiech raus, tut messn wie braat der Hänger is un soocht: „Dei Hänger is 2cm breiter als 60 cm. Do brauchst de itze 2 weiße Reflektoren vorne un 2 rote hinten an den Hänger des einfache Ricklicht gilt nimmer Dess hott de EU itze so vorgeschriem un du musst Stroof bezohn.“

Do schittelt de Meta iehrn grauen Haarschopf un soocht. „Die solln siech lieber um den Betruch von de Autokonzerne miet den Abgaskontrollwerten kimmarn, Aber die derfen ungestraft de Luft verpesten dess de Leit krank wern.“

Dieter Riedler

ABFALL - UND KEIN ENDE!

Was nun wirklich jeder Bürger wissen sollte!

Warum hatte DIE LINKE eine Petition für eine geänderte Abfallsatzung gestartet? Was geht mich das an – so fragte sich mancher Bürger, vor allem im bisherigen Satzungsgebiet der Stadt Plauen! Wer aber hatte sich die Mühe gemacht, die am 15.06.2017 vom Kreistag endgültig beschlossene kreis-einheitliche Abfallwirtschaftssatzung von vorn bis hinten zu lesen?

Einige Fakten:

- Die Sammlung und Entsorgung von Abfällen gehört zu den kommunalen Pflichtaufgaben.
- Dafür gab es in Satzungen geregelte Festlegungen, die im Altkreis Vogtland und in der Stadt Plauen zum Teil völlig unterschiedlich formuliert waren bzw. sind.
- Die Landesdirektion bestand aber schon seit Wegfall der Kreisfreiheit der Stadt Plauen, also seit Bestehen des jetzigen Vogtlandkreises (einschl. der Stadt Plauen) auf der Erarbeitung und Beschlussfassung einer einheitlichen Abfallsatzung und einer einheitlichen Gebührensatzung durch den Kreistag.
- Diesem Anliegen verschloss sich die vogtländische LINKE nicht! Es ist durchaus üblich, dass vorgesehene Beschlüsse zunächst von Fachabteilungen und auch Ausschüssen vorberaten werden.

Aber! Hier kommt unsere Auffassung von Demokratie – im Sinne der Einbeziehung der Bürger „ins Spiel“. DIE LINKE forderte öffentliche Beratungen – auch mit Verweis auf die sächsische Gemeindeordnung und die Landkreisordnung. Es zeichnete sich ja die Absicht ab, für die Bürger im Altkreis eine völlig andere Verfahrensweise einzuführen. Die Kreisverwaltung und leider auch die Mehrheit der Abgeordneten der Gremien (Müllausschuss/ Kreistag) wollten lieber alle Vorberatungen nichtöffentlich. Nur durch Presseveröffentlichungen erklärte sich Landrat, seine Verwaltung und die ihn „stützenden“ Abgeordnete

ten bereit, mit ausgesuchten Vertretern der Wohnungswirtschaft in einer späten Phase „Informationsgespräche“ zu führen- ich vermute, es waren keine Beratungen im wörtlichen Sinne, nach dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. (Zumindest war der Presse zu entnehmen, dass noch viele Fragen offen blieben)

Weil unsere Forderungen nach Einbeziehung der Öffentlichkeit, schon ab erster Phase, also bereits für das Finden von Absichten/Zielen und Grundsätzen nicht berücksichtigt wurden, inzwischen von der Kreisverwaltung verschickte Schreiben bei den Bürgern große Unruhen und Zweifel auslösten,



hatte sich DIE LINKE als einzige ungebliebene Möglichkeit zur Petition entschieden. Es herrschte Bundestagswahlkampf – und dort standen ja Bundesthemen im Vordergrund. Trotz Belastungen durch Verteilaktionen und Plakatierungen wurden aber auch einige Infostände zur Unterschriftensammlung durchgeführt. Hier spürten wir den Unmut der Bürger! Basisdemokratie darf nicht nur gefordert, sie muss gelebt werden – das ist eine Forderung der LINKEN!

Die beschlossene Satzung ist nach unserer Meinung fehlerhaft und für die

Bürger verwirrend. Rechtlich können wir aber „nur“ die vier großen Problemkreise aufgreifen:

- Die Landkreisordnung verlangt (beachte: es ist keine „kann“-Formulierung sonder eine soll/muss Formulierung!) die Einbeziehung der Bevölkerung
- Die Satzung weicht mindestens in einem Punkt wesentlich vom übergeordneten Bundesgesetz (Kreislaufwirtschaftsgesetz) ab. (Umgang mit Biomüll)
- Der Wechsel vom personenbezogenen bzw. haushaltbezogenen Verursacherprinzip zum grundstücksbezogenen Prinzip widerspricht allen Bemühungen zur Vermeidung von Abfallaufkommen und bringt zahlreiche Fehlerquellen.
- Ist es rechtens, grundlegend andere Prinzipien ohne Aussagen über künftige finanzielle Auswirkungen zu beschließen?

Scheinbar war im bisherigen Satzungsgebiet der Stadt Plauen das grundstücksbezogene Prinzip bisher üblich. Im Altkreis hatten die Haushalte aber durch individuellen Kauf von Gebührenbanderolen wesentlichen Einfluss auch auf haushaltbezogene Einsparungen! Jeder sollte sich nun fragen: Ist das bisherige System gerecht im Sinne des Verursacherprinzips?

Bei all den Fakten. Die Abfallsatzung muss nochmals geändert werden! Die Erarbeitung einer künftigen Gebührensatzung kann nur unter Mitwirkung der Gebührenzahler erfolgen!

Müllvermeidung muss das oberste Prinzip sein! Im Moment steht der Verdacht: Möglichst hohe Einnahmen sollen Fehlplanungen und undurchsichtige Strukturen finanzieren.

Peter Jattke

LANDRATSAMT UNFÄHIG, ERNST DER STUNDE ZU ERKENNEN!

Eigene Sicht der Rechtsvorschriften im Widerspruch zur Demokratie!

Über die Abweisung der Petition für eine Änderung der Abfallsatzung durch das Landratsamt und die Mehrheit im Kreisausschuss (wie am 19./20.01. in der „Freien Presse“ berichtet) bin ich nicht nur enttäuscht sondern auch zornig empört! Die dort, zitierte Argumentation der Sachgebietsleiterin Frau Wiemann, vom Mitglied des Kreisausschusses Herrn Weiß (CDU) und schließlich des Landrates, Herrn Keil (CDU) sagt mir, sie haben ein gestörtes Demokratieverständnis. Sie handeln nach dem Prinzip „Ich bestimme, was gilt“. Wenn Frau Wiemann behauptet, dem Informationsanspruch der Bürger sei „umfassend Rechnung getragen“ so verfolgt sie damit die demokratieschädliche Taktik „wir bestimmen, was die Bürger wissen dürfen“! Dass eine Mehrheit der Kreisausschussmitglieder nicht widersprochen hat, beschämt mich sehr. Warum setzen sich diese gewählten Abgeordneten nicht für die Interessen ihrer Nachbarn, Kollegen und eben der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung ein? Sieht der Abgeordnete Weiß nicht den offensichtlichen Widerspruch in seinen Aussagen? Er habe kein Verständnis für die Petition wird er im FP-Beitrag vom 20.01. wiedergegeben und sagt dann „Wir sollten die Bürger aufklären und nicht bestärken in ihrer Unwissenheit“! Eben das war das Kernanliegen der Petition: Aufklären, Unwissenheit abbauen und das Wissen und Wollen der Bürger einbeziehen! Begreift denn diese Mehrheit unter den Kreisräten nicht den Ernst der Lage? Wollen sie wirklich ein „weiter so“ mit bürokratischen Mitteln durchsetzen? Wollen sie Politikverdrossenheit, Wahlverweigerungen und radikale Proteste noch befördern? Die auch vom Herrn Selbmann (Freie Presse) zitierten Formulierungen aus der Landkreisordnung, also aus dem Gesetz, sind so eindeutig, dass nur Borniertheit und Überheblichkeit bei der eigenen Auslegung mitgespielt haben können. Aber wir Bürger wollen endlich ernst genommen werden! Sollen erst später Gerichte über vermeidbare Fehler entscheiden? Was nützen uns wohlgeformte Formulie-

rungen in Gesetzen, wenn sich bestimmte Politiker nicht danach verhalten? Das letzte Wort über die Satzung sollte noch nicht gesprochen sein. Und Lehren könnten diese Abgeordneten, Politiker und Landratsmitarbeiter sowie der verantwortliche Landrat, Herr Keil allerspätestens bei der Erarbeitung der künftigen Gebührensatzung ziehen! Ich kann die Leser nur aufrufen: Lasst diesen Menschen das Verbiegen der Demokratie nicht durchgehen! Sie handeln bisher nach dem Prinzip: „Ich bin gewählt- ich darf machen, was ich für richtig halte“! Unter Demokratie verstehen die Bürger aber etwas anderes!

Peter Jattke

AKTION VOR JOBCENTERN

Für den **12. März 2018** lädt das

Sozialforum Göltzschtal

in den Klubraum der AWG Auerbach (08209 Auerbach, Eisenbahnstr. 32) ein.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV (in und bei der Partei DIE LINKE) informiert von **18.00 bis 19.30 Uhr** über ihre Erfahrungen bei diesen Aktionen im vergangenen Jahr.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

G. Huberty	Neundorf	18.2.
H. Luft	Plauen	19.2.
H. Günzel	Bad Elster	25.2.
W. Scholz	Plauen	27.2.
H. Schubert	Lugau	27.2.
I. Schneider	Rodewisch	29.2.
H. Richter	Reichenbach	02.3.
I. Meisel	Klingenthal	06.3.
J. Wenzel	Bad Brambach	09.3.
W. Grieser	Falkenstein	12.3.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT ?!

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Die Einnahmen daraus beliefen sich im Jahr 2016 auf 12,2 Milliarden Euro. Das waren 6,6 % der Gesamteinnahmen.

Quelle: Statistische Bundesamt

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.01.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.03.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.